

Bis zu 100 000 Flüchtlinge nach NRW

08.07.2015 | 08:10 Uhr

Die Überbelegung in den NRW-Flüchtlingseinrichtungen spitzt sich dramatisch zu: Die Behörden schließen mittlerweile nicht mehr aus, dass in diesem Jahr mehr als 100 000 Flüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen kommen, nachdem die Schätzungen zu Beginn des Jahres noch bei 40 000 gelegen hatten. Allein in der vergangenen Woche registrierte die für NRW zuständige Bezirksregierung in Arnsberg 4406 neue Flüchtlinge – mehr als je zuvor.

Vor dem Hintergrund, dass in Nordrhein-Westfalen nur knapp 12000 Plätze in Einrichtungen für die Flüchtlingserstaufnahme zur Verfügung stehen, rückt derzeit das Thema „Verteilung“ stärker in den Fokus. Derzeit liegen 69 Prozent der Aufnahmeplätze in Westfalen, nur 31 Prozent im Rheinland. Allein der Regierungsbezirks Arnsberg stellt 40 Prozent der Plätze, dahinter folgen die Regierungsbezirke Düsseldorf (28 Prozent), Detmold (24) und Münster (5), während der Regierungsbezirk Köln drei Prozent der Aufnahmekapazitäten stellt. Das NRW-Innenministerium betont, dass sich das Verhältnis zwischen Rheinland und Westfalen in den nächsten ein bis zwei Jahren annähern soll. Derzeit werden Erstaufnahmeeinrichtungen in Mönchengladbach, Essen, Euskirchen und Wegberg gebaut.

CDU-Innenexperte Andre Kuper machte die Landesregierung mitverantwortlich für die schwierige Lage in den Flüchtlingsheimen. „Der im Urlaub weilende Innenminister ist hoffnungslos überfordert, die Gesundheitsministerin geht wie gewohnt auf Tauchstation und auch die Ministerpräsidentin schaut zu, wie Menschen, die vor Krieg und Terror geflohen sind, unhaltbare Zustände in Nordrhein-Westfalen zugemutet werden“, kritisierte Kuper. Dass die Erstaufnahmeplätze nicht reichten, zeigten die Aufnahmestopps in Dortmund-Hacheney (WR berichtete). „Den warmen Worten der Ministerpräsidentin nach beiden Flüchtlingsgipfeln sind bis heute keine belastbaren Taten gefolgt.“ Die CDU kündigte an, eine Sondersitzung des Landtags zu beantragen.

Die Bezirksregierung erwartet einen weiteren Anstieg der Asylbewerberzahlen. In Hamm und Bielefeld sollen spätestens im September eine Kaserne sowie ein ehemaliges Hotel umgebaut werden. Außerdem sucht die Bezirksregierung nach weiteren Turnhallen und Jugendherbergen als Notunterkünfte. Dortmund schloss weitere Aufnahmestopps wegen Überlastung der Einrichtung in Hacheney nicht aus.

Wilfried Goebels